

**Rede Matthias Höhn, MdL, zum Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
"Einrichtung eines Bildungskonvents für das Land Sachsen-Anhalt"
auf der 13. Sitzung des Landtages am 15. Dezember 2006"**

Anrede,

den Satz "**Wenn du nicht mehr weiter weißt, gründe einen Arbeitskreis**" kennt jede und jeder von uns - zumal im parteipolitischen Raum.

Heute wollen wir einen ganz besonderen Arbeitskreis gründen, den "Bildungskonvent".

Die Frage ist: **Wissen wir denn wirklich nicht weiter?**

Wir haben uns in der vergangenen Legislaturperiode mehrfach mit den PISA-Ergebnissen und anderen Untersuchungen befasst. Ich will die Befunde nicht im einzelnen nochmals ausführlich beleuchten, sie seien nur kurz benannt:

- Wir halten im internationalen Vergleich insgesamt nur ungenügend mit im Punkt der erworbenen Kompetenzen.
- Wir haben eine extrem große Risikogruppe, die sich also auf oder unter Kompetenzstufe I befindet.
- Wir haben eine im Vergleich zu große Spreizung zwischen den Kompetenzen der Stärksten und der Schwächsten.
- Wir haben eine zu geringe Studierquote.
- Viel zu viele Jugendliche verlassen die Schule ohne Abschluss.
- Und schließlich: Wir haben in Deutschland eine nicht hinnehmbare soziale Schieflage innerhalb unseres Bildungssystems.

Nun ist es ja nicht so, als hätte die Koalition der letzten Legislaturperiode im Bildungsbereich - auch in Reaktion auf PISA - nichts getan.

Aber: **Wir hatten und haben als Linkspartei einen anderen strategischen Ansatz.**

Wir hielten und halten es für falsch, allein mit besseren Hauptschulangeboten die Schulversagerquote bekämpfen zu wollen. Wir müssen stattdessen für alle die Ziele höher stecken und dürfen nicht schon in der Klasse 7 Abstriche am Angebot machen. Wir wollen die Kinder mit ihren unterschiedlichen Interessen und Erfahren in den Mittelpunkt von Bildung stellen. Strukturveränderungen ohne Änderung von Inhalten und Lernkultur sind genauso zum scheitern verurteilt wie pädagogische Entwicklungen, die vor strukturellen und sozialen Fragen die Augen verschließen.

Es muss unser Ziel sein, so viele Kinder wie möglich mindestens zum Realschulabschluss zu führen. **Es geht nicht nur um die Durchlässigkeit von Bildungsgängen, sondern um die Überwindung von Sackgassen.**

Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dr. Erwin

Huber, führte auf der Konferenz "Schule in der Gesellschaft" der Bertelsmann-Stiftung vor kurzem in Hannover aus:

"Solange unser Schulsystem um einer angestrebten Homogenität willen wie eine Kombination aus Hackbrett und Presse funktioniert, das unten abschneidet und oben deckelt, werden viele Kinder und Jugendliche zum bloßen Rest. Ihre Bildungschancen haben den Charakter von Verlustgeschäften. Ohne Chancen auf Entfaltung ihrer Talente reicht man sie weiter, genauer gesagt, man reicht sie tiefer."

Und er fährt fort:

"Es sind viel zu viele, die verloren gehen. Nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht ist dies eine Bankrotterklärung. Denn wer andere verloren gibt, wird selbst zum Verlierer. Dass zu viele verloren gehen, ist auch eine moralische Bankrotterklärung."

Anrede,

dies sind klare Botschaften. Das Bedauerliche daran ist, sie sind nicht neu. Die strukturellen Defizite unseres Bildungssystem, auch in Sachsen-Anhalt, sind bekannt. Die Landesregierung aus CDU und FDP der letzten Legislaturperiode hat sich an diese strukturellen Defizite nicht herangewagt, im Gegenteil, die Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in unterschiedliche Bildungslaufbahnen und damit Zukunftsbahnen wurde sogar verstärkt.

Nun gab es eine Landtagswahl. Und ich habe zur Kenntnis genommen, dass auch die jetzt regierende Mehrheit in diesem Parlament nicht gewillt ist oder nicht den Mut hat, zupackende und dringend notwendige Reformen im Bildungsbereich anzustreben. **Ich halte dies für eine Fehlentscheidung. Damit werden Sie Ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht gerecht. Sie ducken sich weg!**

Wir haben als Linkspartei bereits vor der Wahl sehr klar gesagt, was wir verändern wollen. Wir haben dazu einen kompletten Gesetzentwurf vorgelegt:

- Wir wollen alle Bildungsgänge der Sekundarstufe I auf ein gleichwertiges Niveau anheben - dabei steht die Sekundarschule im Fokus unserer Aufmerksamkeit.

Das heißt Angleichung der Stundentafel, Anpassung der Bildungsinhalte.

- Unser Ziel ist die Möglichkeit des Überganges nach der 9. Klasse an das Gymnasium ohne Zeitverzug.

- Die Vollzeitschulpflicht soll wieder auf 10 Jahre angehoben werden.

- Wir wollen, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler mindestens den Realschulabschluss erwerben.

- Wir wollen eine polytechnisch orientierte Schule.

- Wir wollen Nachteilsausgleich und Förderung besonderer Begabungen gleichermaßen.

- Wir halten den Einsatz zusätzlicher pädagogischer Fachkräfte in der Sekundarstufe I für

notwendig.

- Und letztlich geht es uns um ein stabiles Schulnetz - einige unserer Vorschläge dazu haben wir bereits in den Landtag eingebracht.

Kurz gesagt: Wir wollen eine Schule für alle Kinder, eine Schule die sich jedem Kind zuwendet und ihm Raum und Hilfe gibt zum Lernen, zum Ausprobieren und auch zum Fehlermachen, wir wollen längeres gemeinsames Lernen.

Anrede,

um zumindest Bewegung im bildungspolitischen Bereich anzudeuten, wird heute der Bildungskonvent ins Leben gerufen.

Wir werden diesem Antrag zustimmen. Vor Wundern will ich warnen. Aber wir sollten gemeinsam den Erkenntnisgewinn und den Austausch über unterschiedliche Lösungswege suchen.

Rita Süßmuth hat auf der von mir vorhin angesprochenen Konferenz in Hannover die ungeheure Beratungsresistenz in Bildungsfragen in der Bundesrepublik bitter beklagt und gefragt:

"Warum haben wir in Deutschland nur eine solche Angst vor der Gemeinschaftsschule?"

Vielleicht ist dieser Bildungskonvent und die öffentliche Aufmerksamkeit, die sich auf ihn richten wird, die Chance, von dieser Angst etwas abzubauen.

Einen gesellschaftlichen Konsens über die Bildungspolitik halte ich für eine Illusion, dazu sind die gesellschaftlichen Interessen zu verschieden, aber es muss gelingen, eine **möglichst breite gesellschaftliche Akzeptanz** zu erzielen - im Interesse unserer Kinder, im Interesse unserer gemeinsamen Zukunft.

Und darum sage ich an dieser Stelle auch: Sollte es am Ende im Konvent zu Lösungsvorschlägen - wie sie auch immer ausfallen mögen - eine breit getragene Übereinstimmung geben, sollte die Politik auch den Mut haben, diese ernsthaft aufzunehmen und umzusetzen.

Wir werden uns in diesen Prozess als Linkspartei aktiv und konstruktiv einbringen. Es sei Ihnen versprochen.

Anrede,

wir haben Ihnen einen Änderungsantrag vorgelegt. Ich werbe um Ihre Zustimmung.

- Ich halte die Einbeziehung der beiden großen Kirchen in den Konvent für angebracht. Aber gerade, wenn es um gesellschaftliche Akzeptanz geht und um die Frage, welche Bildungsinhalte und welche Werte soll Schule vermitteln, halten wir eine Vertretung konfessionell nicht gebundener Gruppen für angemessen.

- Wir beantragen als Fraktion die Vertretung des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Bildungskonvent. Völlig zurecht sind die Arbeitgeberverbände im Konvent berücksichtigt,

darum sollte auch die Arbeitnehmerseite in gleicher Weise präsent sein. Zumal der DGB auch im Podium Bildung vertreten war - ich glaube nicht zu seinem Schaden.

- Wir möchten Sie bitten, den Themenkatalog um den Punkt der frühkindlichen Bildung zu ergänzen. Wir sind uns sicher darin einig: Auf den Anfang kommt es an. Dies sollte in den Schwerpunkten der zwei- oder dreijährigen Arbeit des Bildungskonventes deutlich werden.

Anrede,

noch einmal zurück zu Rita Süßmuth. Sie forderte in Hannover "*revolutionäre*" Veränderungen in der Schulstruktur in der Bundesrepublik - und das nicht erst in 10 Jahren. Die Revolution im Bildungsbereich steht in Sachsen-Anhalt nicht bevor, aber vielleicht gelingt es, mit dem Bildungskonvent wenigstens eine vorrevolutionäre Situation in Sachsen-Anhalt herbeizuführen.

In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.